

Frankfurter Rundschau, Thema des Tages, 24.04.06:

## INTERVIEW

### **"Die Menschen sollten wissen, wofür ihr Geld ausgegeben wird"**

**EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel würde die nationalen Regierungen gerne dazu bewegen, dass sie offen legen, an welche landwirtschaftlichen Betriebe und Agrokonzerne das Geld aus den milliardenschweren EU-Töpfen fließt.**

**Frankfurter Rundschau:** *In Deutschland wird geheim gehalten, welche Landwirte und welche Fleisch- oder Milchexporteure wie viel Geld aus dem EU-Agrarhaushalt empfangen. Halten Sie das für richtig?*

**Mariann Fischer Boel:** Ich bin für Transparenz. Schließlich ist es das Geld der Steuerzahler. Die Menschen sollten wissen, wofür ihr Geld ausgegeben wird. Deshalb finde ich, dass die EU-Staaten diese Informationen offenlegen sollten. Aber ich möchte betonen: Das ist Sache der nationalen Behörden, nicht der EU-Kommission.

*Wie können Sie die Bundesregierung dazu bringen, die Daten offen zu legen?*

Wir in der Kommission haben eine Debatte darüber angestoßen. Bald werden wir im Internet durch Weblinks die Suche nach Informationen erleichtern, die veröffentlicht sind. Hoffentlich wird das jene Staaten zum Umdenken bringen, die bislang die Zahlen nicht preisgeben. Wir können allerdings niemanden zwingen.

*Ist es vernünftig, dass Agrokonzerne besonders stark von EU-Subventionen profitieren?*

Das System, das wir haben, bietet Hilfen für jeden, der landwirtschaftlich tätig ist. Wenn es sich dabei um ein großes Unternehmen mit Landbesitz handelt, dann ist das eben so. Viele Konzerne profitieren von Exportsubventionen, die wir gerade auslaufen lassen. Andere profitieren von Programmen, die Teil unserer Entwicklungspolitik sind wie etwa für die Verarbeitung von Zucker aus Entwicklungsländern. Aber grundsätzlich bin ich für eine Verteilung zu Gunsten derjenigen, die es am meisten brauchen. Ich glaube, dass unsere Politik der ländlichen Entwicklung ein guter Weg ist, um sicherzustellen, dass kleine Erzeuger und junge Unternehmen möglichst umfangreich von EU-Hilfen profitieren.

*Ist es fair, dass an gerade mal 0,5 Prozent der Agrarbetriebe mehr als zehn Prozent der Direktzahlungen fließen?*

Die Verteilung des Gelds ist Ergebnis der Methoden, nach denen in der Vergangenheit Direktzahlungen berechnet wurden, nämlich auf Basis von Hektar Ackerland oder Zahl der Nutztiere. Dank der Reform 2003 ist diese Kopplung an die Produktion beendet worden.

*Warum gibt es keine Obergrenzen?*

Die EU-Kommission hat 2002 ein Limit von 300000 Euro pro Betrieb vorgeschlagen. Aber dieser Vorstoß wurde von den EU-Staaten blockiert - angeführt von Deutschland und Großbritannien.

*Ist das ein Thema für die Reform der EU-Ausgaben, die 2008 vorbereitet werden soll?*

Ich lege mich heute nicht fest, was ich vorschlagen werde. Aber so viel kann ich sagen: Ich habe vor, dass wir uns dann wieder mit der Idee beschäftigen, die Zahlungen pro Betrieb zu deckeln.

*Wofür würden Sie frei werdende Mittel einsetzen? Für die gestutzten Agrar-Umweltprogramme?*

Auf Grund der Agrarreform 2003 haben wir bereits die "Modulation", nach der Subventionen für große Betriebe um fünf Prozent gekürzt und das Geld in die ländliche Entwicklung umgeleitet wird. Diese Politik würde ich gerne weiter erkunden. Das Geld kann unter anderem für Umweltprogramme genutzt werden. Oder für Maßnahmen, um die ländliche Wirtschaft auf breitere Basis zu stellen, etwa durch Neugründungen.

*Müssten Subventionen nicht stärker davon abhängig gemacht werden, wie viele Jobs ein Betrieb schafft?*

Unsere neuen Regeln für die Entwicklung des ländlichen Raums heben verstärkt auf Arbeitsplätze und Wachstum ab. Aber eine strikte Kopplung an die Schaffung von Jobs könnte kontraproduktiv sein. Dank der Agrarreform erhalten Bauern nur dann Subventionen, wenn sie sich streng an Standards für Umwelt- und Tierschutz, die Sicherheit und Qualität von Nahrungsmitteln und die Landnutzung halten. Sie werden also belohnt dafür, dass sie öffentliche Güter anbieten, die der Markt nicht unbedingt zu Verfügung stellt. Landwirte erhalten das Geld nicht mehr dafür, dass sie Waren erzeugen, für die nicht unbedingt ein Markt existiert. Statt ihr Land zu bewirtschaften, um Subventionen zu kassieren, können sie sich daran ausrichten, was die Verbraucher wollen. Gleichzeitig werden Umweltstandards verbessert.

*Können Sie sich vorstellen, dass EU-Agrarhilfen irgendwann völlig von der Produktion entkoppelt sind? Dass es also egal ist, ob ein Feld von Bauern bewirtschaftet wird oder von Gärtnern gepflegt?*

Die Reform von 2003 hat die völlige Entkopplung von der Produktion möglich gemacht. Mein Wunsch ist, dass alle EU-Staaten die Direktzahlungen komplett entkoppeln, so wie es einige bereits getan haben. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Europas Landwirtschaft ihre Vielfalt behält und sich ländliche Gemeinden weiter gut entwickeln.

*Interview: Stephan Börnecke, Detlef Fechtner*

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2006 Dokument erstellt am 23.04.2006 um 16:52:39 Uhr Erscheinungsdatum 24.04.2006

---